Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Portle freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 71 | **Donnerstag den 26. März 1931** | **89. Jahrgang**

Der Völkerbund soll eingreifen

Berlin, 25. März. Der britische Botschafter hat heute den Reichskanzler wegen der deutsch-österreichischen Vereinbarungen wegen der Zollunion aufgesucht und ihm mitgeteilt, der englische Außenminister Henderson halte es im allgemeinen Interesse für erwünscht, daß die Angelegenheit im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 gemeinsam besprochen würde und daß Deutschland und Oesterreich bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundsrates nicht zu endgültigen Schritten kommen sollten.

Der Reichskanzler hat den Botschafter in seiner Antwort darauf hingewiesen, daß die deutsch-österreichische Vereinbarung sich ganz im Rahmen des Genfer Protokolls halte und somit nach Auffassung der Reichsregierung und der österreichischen Regierung für den Völkerbundsrat kein Anlaß gegeben sei, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Wenn von anderen Regierungen eine Prüfung der Rechtsfrage angestrebt werde, so brauchten die deutsche und die österreichische Regierung diese nicht zu scheuen. Eine Prüfung des Abkommens durch den Völkerbundsrat unter politischen Gesichtspunkten halte die Reichsregierung nicht für zulässig, da das Abkommen rein wirtschaftlichen Charakter habe. Der Reichskanzler erläuterte die Ziele der deutsch-österreichischen Verhandlungen, die natürlich ihren Fortgang nehmen müßten, die aber, wie von vornherein festgestanden habe, mit Rücksicht auf die zahlreichen zu regelnden technischen Einzelheiten nicht vor 2 oder 3 Monaten zum Abschluß gelangen könnten.

Der Nachprüfung der Frage, ob die deutsch-österreichischen Vereinbarungen gegen die Friedensbestimmungen von Trianon oder das Genfer Protokoll von 1922 verstießen, wird in Berliner zuständigen Stellen mit ruhigem Gewissen entgegengesehen, da das Zollabkommen die Erhaltung der Unabhängigkeit der beiden Länder ausdrücklich vorsehe. Es wird sodann darauf verwiesen, daß es Frankreich schwer fallen dürfte, den Beweis für die Behauptung zu erbringen, daß die Zollunion gegen das Abkommen von 1922 verstoße. Bisher hätten die Franzosen lediglich Behauptungen dieser Art aufgestellt. Den Beweis seien sie aber schuldig geblieben. Man könne daher gespannt darauf sein, wie der Schritt vor dem Völkerbundsrat begründet werden solle.

Weiter ist es selbstverständlich, daß Deutschland und Oesterreich die Verhandlungen über die Zollunion fortsetzen würden. Die Aufforderung, die Verhandlungen bis zur Tagung des Völkerbundsrates im Mai einzustellen, entbehre jeder Rechtsgrundlage.

Im übrigen ist wohl in der Tatsache, daß Briand und Henderson sich darauf geeinigt haben, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, ein kläglicher Rückzug Briands zu sehen, der ursprünglich ganz andere Absichten verfolgt hatte. Es ist ihm offenbar nicht gelungen, die Engländer zu einem gemeinsamen Protestschritt gegen die beabsichtigte Zollunion zu veranlassen.

Hendersons Schritt

Paris, 25. März. Die Pariser englische Botschaft veröffentlicht am Mittwoch nachmittag über die zwischen Briand und Henderson stattgefundene Unterredung eine amtliche Verlautbarung, in der es unter anderem heißt, daß der britische Außenminister Briand davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er die Aufmerksamkeit der deutschen und der österreichischen Regierung auf die Beunruhigungen gelenkt habe, die in verschiedenen Ländern über die Vereinbarung des deutsch-österreichischen Abkommens mit den bereits bestehenden Verträgen entstanden seien. Henderson habe die feste Hoffnung ausgesprochen, daß die deutsche und die österreichische Regierung ihre Verhandlungen über den Plan einer Zollunion nicht fortsetzen würden, bevor sie nicht dem Völkerbundsrat, unter dessen Schutz der Vertrag von 1922 verhandelt worden sei, Gelegenheit gegeben hätten, sich in der kommenden Maitagung davon zu überzeugen, daß die Vorschläge nicht im Gegensatz zu den bereits von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen ständen. Eine Kundgebung für politische Amnestie.

Briand bearbeitet Henderson

Paris, 25. März. Besonders die in Paris erscheinenden britischen und amerikanischen Blätter glauben feststellen zu können, daß der erste Verhandlungstag des Organisationsausschusses für die Maitagung des Studienkomitees von dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen überschattet war. Wahrscheinlich haben diese Blätter bei ihrem Urteil mehr die hinter den Kulissen geführten privaten Besprechungen im Auge, als die im Uhrensaal des Quai d'Orsay gehaltenen Reden, denn es enthielt auch nicht ein einziger Satz eine Anspielung auf das deutsch-österreichische Problem.

Im Anschluß an die Nachmittagssitzung hatte Briand eine kurze Aussprache mit Hinderson, die das Zollabkommen betraf. Wie es heißt, wird der französische Außenminister, der sich weiter den schlimmsten Angriffen der nationalistischen Presse ausgesetzt sieht, eine Einladung zum Frühstück auf der englischen Botschaft dazu benutzen, um von Henderson eine ganz eindeutige Stellungnahme zu verlangen. Ganz Eingeweihte wollen sogar wissen, daß diese Besprechung am Donnerstag wiederholt wird, wenn Henderson seine Abreise auf Freitag verschieben könnte. Auch der polnische Außenminister Zaleski soll sich bei Henderson um eine Audienz bemüht haben.

Der „Newyork Herald" weiß unter anderem zu melden, daß Briand im Falle einer für Frankreich günstigen Stellungnahme Hendersons an Deutschland und Oestereich die Forderung stellen wird, entweder die geplante Zollunion fallen zu lassen, oder aber sie auf Frankreich auszudehnen. An anderer Stelle macht der „Newyork Herald" noch einmal die höchst bemerkenswerte Feststellung, daß in Frankreich tatsächlich Störmungen vorhanden sind, sich in die geplante Union aufnehmen zu lassen.

Das „Echo de Paris" läßt sich aus Prag berichten, daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch anläßlich einer Pressekonferenz mitteilte, er sei durch das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen keineswegs überrascht, da er offiziell darüber unterrichtet war.

Die „Ordre", das Blatt der französischen Schwerindustrie, bemüht sich, Italien aufzuhetzen. Es wäre unbegreiflich, sagt das Blatt, wenn Italien an der Gründung eines Groß-Deutschland mitwirken würde. Die Adria würde dann nicht italienisch und südslawisch, sondern deutsch sein. Das „Journal" läßt die Möglichkeit offen, daß die deutsch-österreichische Union eine Annäherung zwischen Italien und Ungarn begünstigen könnte. Von der gemäßigten Presse bemüht sich besonders die „Volonté" besänftigend in die Pressehetze einzugreifen

Aus dem Reichstag

Berlin, 25. März. Der Reichstag nahm heute in dritter Beratung den Etat für 1931 gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei endgültig an. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wurde gegen die Antragsteller bei 15 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei abgelehnt. Die Marineersatzbauten wurden bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten mit derselben Mehrheit, wie in der zweiten Beratung angenommen.

In dritter Beratung wurde das Gesetz gegen den Waffenmißbrauch angenommen, in zweiter Beratung die Osthilfegesetze und das Zollermächtigungsgesetz.

Am Donnerstag wird mit der dritten Beratung dieser Gesetze der Reichstag voraussichtlich seinen Tagungsabschnitt vor der Sommerpause beenden.

Der Erfolg des Kanzlers

Berlin, 25. März. In politischen Kreisen wird die Annahme des Reichshaushalts im deutschen Reichstag als ein großer Erfolg des Reichskabinetts und namentlich des Kanzlers beurteilt. Man erinnert daran, daß man vor kurzem überhaupt gar nicht daran glaubte, daß die parlamentarische Erledigung des Etats überhaupt möglich sein würde. Damals erwartete man allgemein, daß er wahrscheinlich durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden müsse. Um so höher wird der Erfolg des Kanzlers gewertet, zumal die Verabschiedung gelungen ist, ohne daß die Regierung irgendwelche wesentlichen politischen Zugeständnisse machen mußte, die geeignet wären, sie von der Linie ihrer Politik abzudrängen. In Regierungskreisen unterstreicht man die staatspolitische Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die unter Ueberwindung eigener Bedenken zum Abschluß der Etatsverhandlungen hervorragend beigetragen hat.

Man erwartet nun, daß die Annahme des Reichshaushalts sich in drei Richtungen auswirken wird: zweifellos wird innenpolitisch eine stärkere Beruhigung eintreten. Auch das Vertrauen des Auslands, namentlich in kreditpolitischer Beziehung, wird durch die parlamentarische Erledigung der Etatausgaben gestärkt werden. Schließlich bekommt die Reichsregierung, wenn der Reichstag sich doch nun voraussichtlich morgen vertagen wird, auch freie Hand, um die zur Bekämpfung der gegenwärtigen Notlage erforderlichen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Tetzner gesteht endgültig den Mord ein

Regensburg, 25. März. Die Justizpressestelle teilt mit: Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Kurt Tetzner hat heute zuerst dem Wachtmeister des Gerichtsgefängnisses und dann dem Richter ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, einen Wanderburschen in der Nähe von Reichenbach i. V. in sein Auto aufgenommen zu haben. Etwa 20 Kilometer vor Hohenschambach (Oberpfalz) habe er angehalten. Beide seien dann ausgestiegen. Da habe ihm die Gelegenheit zur Ausführung des Mordes günstig erschienen, da der Wanderbursche über Kälte klagte. Tetzner habe seine große Reisedecke ausgepackt und den Wanderburschen so in die Decke eingehüllt, daß auch die Arme eingewickelt waren. Dann habe er eine starke Schnur aus der Tasche genommen, dem Wanderburschen um den Hals gelegt und ihn dann erwürgt. Bei Mariaort (bei Regensburg) habe er die Leiche verbrannt, nachdem er sie vorher auf den Führersitz gesetzt habe. Den Namen des Ermordeten will Tetzner nicht wissen. Die Angaben über die Person werden nachgeprüft, so daß Aussicht auf Ermittlung derselben besteht.

Die Zollunion und die anderen

So überraschend der deutsch-österreichische Schritt hinsichtlich der Zollunion kam, so darf man doch fest davon überzeugt sein, daß er gut vorbereitet sein wird. Es mußte so von vornherein mit der Selbstverständlichkeit gerechnet werden, daß dieses selbständige Auftreten beider Mächte, die unsere „Freunde" durch Versailles genügend geknebelt glaubten, gar manchen Leuten sehr auf die Nerven gehen wird. Daß die Gegner der Zollunion auch juristisch mit allen Spitzfindigkeiten arbeiten würden, dies dürfen wir nach den langjährigen Erfahrungen ebenso sicher annehmen. Eines der wichtigsten Dinge dabei ist also, daß die Zollunion rechtlich gar nicht angefochten werden kann. Was bisher von der Ententeseite dagegen geschah, zeigt auch, daß man noch keine rechte Angriffsfläche gefunden hat. Die Vorsprache Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei in Wien bedeutete ja auch faktisch gar kein Protest, wozu ja rechtlich keine Handhabe vorhanden ist, es war nur eine Gelegenheit, sich zu informieren. Die Zollunion hält sich eben streng an die Grenze der internationalen Verträge. Es handelt sich ja auch nicht um eine Preisgabe der Selbständigkeit Oesterreichs, auf der die Versailles-Mächte so sehr bestehen.

Das Echo aus Frankreich wurde in Berlin kaum anders erwartet und Curtius wird sich von vornherein gesagt haben, daß sein Artikel im „Matin" die unfreundliche Stimmung keineswegs bessert. Frankreich sieht eben hinter diesem Vorgehen Deutschlands und Oesterreichs weniger einen wirtschaftlichen als vielmehr einen politischen Schachzug, der den vollen Anschluß Oesterreichs bezwecke. Man muß aber unterscheiden zwischen dem Echo der Presse und dem Verhalten der französischen Regierung. Sie hält sich zunächst zurück und das Zusammentreffen mit Henderson wird natürlich auch dazu in erster Linie benützt, um die Anschauungen des amtlichen Englands auszukundschaften. Die Europakonferenz in Paris wird ihrerseits die Zollunion in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen müssen. Die englische Presse nimmt übrigens im allgemeinen eine meist freundliche Haltung zur Zollunion ein. Italien bekundet eine abwartende Haltung, wie auch die ganze Presse darauf eingestellt ist. Man will erst die Akten genauer kennen lernen, bevor man sich ein endgültiges Urteil bildet. Ob sich Italien, das ja allerlei politische Verhandlungen mit Frankreich gegenwärtig zu führen hat, von Paris ins Schlepptau in dieser Frage nehmen lassen wird, muß erst abgewartet werden. Am wütendsten gebärdet sich, von der französischen Presse abgesehen, die Tschechei. Dort haben bereits die Regierungsparteien eine Interpellation wegen der Zollunion eingereicht. Man will die „berechtigten wirtschaftlichen und politischen Interessen der Tschechoslowakei, ihrer Freunde und Bundesgenossen" geschützt wissen. Polen zeigt sich dem neuen Ereignis gegenüber bisher sehr ruhig, wenn man von den obligaten deutschhetzerischen Presseorganen absieht. Die Regierungspresse bleibt zurückhaltend und selbst unter den besten Köpfen der Pilsudskileute findet man Befürworter. Südslawien zeigt sich zunächst ebenfalls abwartend. Ungarn zeigt sich keineswegs feindlich. Aus Amerika, um auch dies der Vollständigkeit halber zu erwähnen, kommen anerkennende Worte, die vor allem den Mut des Schrittes hervorheben.

Alles in allem, dürfte das Echo für die Wilhelmstraße in Berlin in keiner Hinsicht unerwartet sein. Daß uns Frankreich den Schritt nachtragen wird, darauf müssen wir rechnen. Wir werden bei Reparationsverhandlungen ebenso, wenn es sich um Kapitalzuflüsse nach Deutschland handeln sollte, die Wirkungen zu spüren bekommen. Aber eine ewige Rücksichtnahme auf Paris hätte die Zollunion für alle Zeiten unmöglich gemacht. Brüning wie Schober mußten Mut zeigen; aber es war auch ein Gebot der Wirtschaftskrise, zu handeln.

Folgen des Zollvereins

Ueberall taucht die interessante Frage auf, wie sich wohl der neue Zollbund zwischen Oesterreich und Deutschland auswirken wird. Oesterreich wird nunmehr 21 Prozent seiner ganzen Einfuhr zollfrei aufnehmen. Oesterreich aber dürfte dafür seine Ausfuhr nach Deutschland, die in den letzten drei Jahren beträchtlich nachließ, wieder entsprechend steigern. Es kommen da vor allem in Betracht: Holz, Obst, Milcherzeugnisse und Eier, Textilien, Lederwaren, Eisenwaren, Bücher und Papierwaren usw. Deutschlands Ausfuhr dürfte folgende Posten verstärkt aufweisen: Hafer, Milch, Pflanzenöle, Steinkohle, Chemikalien und wieder Papier und Bücher. Vor allem dürfte gerade die **süddeutsche Wirtschaft** belebt werden, da sie die geringeren Frachten aufzuweisen hat. Die deutsche und österreichische Wirtschaft haben sich bis jetzt sehr gut angeglichen. Die westdeutsche Schwerindustrie taucht z. B. in der Alpinen Montan A.G. auf. Die Elektrizitätsindustrie überschritt schon längst die Grenzen. Schließlich sei noch der **Fremdenverkehr** angeführt, der für Oesterreich einen Aktivposten darstellt und nun weiter ausgedehnt wird. Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und vor allem bei der Zollunion bilden einige Monopole (Tabakmonopol in Oesterreich, Zündholzmonopol in Deutschland) nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

Amerikanische Hoffnungen

Newyork, 25. März. Die Washingtoner Regierungskreisen sind nach sorgfältiger Prüfung der durch den deutsch-österreichischen Vorvertrag geschaffenen Lage zu der Ueberzeugung gelangt, daß der amerikanische Handel mit den beiden Ländern durch die geplante Zollunion, wenn überhaupt, nur geringfügig beeinträchtigt werden kann. Die Ausfuhr nach Deutschland würde durch die Zollunion überhaupt nicht berührt und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Ausfuhr nach Oesterreich nur zu einem geringen Bruchteil. Maßgebende Beamte des amerikanischen Handelsamtes sind sogar der Meinung, daß die weitere Entwicklung sich für Amerika sogar als vorteilhaft erweisen kann, da Deutschland und Oesterreich den amerikanischen Geldmarkt stärker in Anspruch nehmen müßten, falls Frankreich seine Drohung, die Kredite zu verweigern, wenn die Zollunion zustande kommt, wahr machen sollte.

In maßgebenden Kreisen des amerikanischen Handelsamtes wird es ferner als wahrscheinlich bezeichnet, **daß die Niederlegung der Zollmauern zwischen Deutschland und Oesterreich die amerikanische Industrie mehr als bisher ermuntern würde, in Deutschland Zweigfabriken zu errichten.** Zweifellos würden Ford und General Motors den österreichischen Markt von Deutschland anstatt von Amerika aus beliefern. An der genannten Stelle wurde schließlich erklärt, daß der Vorvertrag eine Verletzung weder der Friedensverträge noch anderer internationaler Abmachungen darstelle.

Auch der frühere Präsident Coolidge kommt in einem Artikel in der „Tribune" zu dem Schluß, daß Deutschland und Oesterreich berechtigt seien, ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen auf gesetzliche Weise zu schützen. Amerika sei an einer mitteleuropäischen Zollunion nur mittelbar interessiert. Eine Störung der politischen Ruhe in Europa aber sei auch für Amerika nachteilig. Es müsse daher vermieden werden, die Empfindlichkeiten anderer Mächte zu verletzen. Man dürfe Deutschland und Oesterreich zwar den guten Willen nicht absprechen, aber es wäre besser, wenn beide Länder vor der Verwirklichung der Zollunion gewisse Bürgschaften gäben, daß nichts anderes beabsichtigt sei, als was der Vertrag tatsächlich enthalte.

Vortrag Dr. Schachts über die Weltwirtschaftskrise

Bern, 25. März. Auf Einladung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern sprach am Dienstag abend der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in einer zahlreich besuchten Versammlung über das Thema „Ursache und Heilung der Weltwirtschaftskrise". Als Zeichen der bestehenden strukturellen Weltwirtschaftskrise erwähnte der Vortragende die große Arbeitslosennot, das Fallen der Rohstoffpreise und die völlige Unordnung auf dem Kapitalmarkt. In Deutschland habe man versucht, durch eine künstliche Belebung der Konjunktur der Krise beizukommen. Die Mittel zu dieser Maßnahme habe sich der Staat teils durch, wie Dr. Schacht sich ausdrückte, übertriebene Besteuerung, teils durch ausländische Anleihen, die den Staat außerordentlich schwer belasten, beschafft. Das einzige, was die deutsche Wirtschaft nicht brauche, das sei ausländisches Kapital. Kein Industriestaat dürfe ausländische Schulden haben. Das richtige Mittel zur Behebung der Krise liege in der Auswertung der Absatzmöglichkeiten und der Rohstoffbeschaffung. Die Wegnahme der deutschen Kolonien bezeichnete Dr. Schacht als einen wirtschaftlichen Fehler, der wieder gutgemacht werden müsse, wenn die Weltwirtschaftskrise Erleichterung finden solle. Eine Exportsteigerung sei für Deutschland eine Notwendigkeit, wenn es seine ausländischen Anleihen verzinsen und amortisieren und seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen solle. Allgemein gesprochen gebe es nur einen Ausweg aus der Krise, die Organisierung der Märkte. Die BIZ. sei für diesen Zweck ins Leben gerufen worden. Sie habe aber bisher in dieser Richtung nichts getan. Nicht Deutschland brauche Geld, sondern die Länder, die Rohstoffe erzeugen und die für den industriellen Absatz erschlossen werden müßten.

Dem Vortrag wohnten u. a. die Bundesräte Musy und Pilet, sowie der deutsche Geschäftsträger Dr. Ullrich bei.

Erste deutsche Funksendung aus Newyork

Die erste eigens für Deutschland bestimmte Rundfunksendung aus Amerika wird am Donnerstag, dem 26. März, 17.30 Uhr, vor sich gehen. Der Newyorker Korrespondent der „Vossischen Zeitung", Dr. Wallenberg, und der deutsche Konsul Schwarz, werden in das Mikrophon sprechen.

Die technische Uebertragung, die außerordentlich kompliziert ist, geschieht auf folgende Weise: Die Ansprachen gehen von der vor dem Newyorker Hafen befindlichen Freiheits-Statue nach dem nahegelegenen Pier an der Südspitze des Hafens, von dort nach dem Laboratorium der National Broadcasting Company in Newyork City, von wo aus sie zu den Sendern nach Pittsburg und Schenectady zugeleitet werden. Beide Stellen senden nach der Funkstation Beelitz bei Berlin, die per Kabel nach dem Berliner Funkhaus weitergibt. Schließlich werden von dort aus die Ansprachen auf sämtliche deutsche und österreichische Sender übertragen.

Der Kulturetat im Finanzausschuß

Stuttgart, 24. März. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses teilte der Vorsitzende, Abg. Winker (Z.) mit, daß Finanzminister Dr. Dehlinger verhindert sei, an der Debatte teilzunehmen. Kultminister Dr. Bazille sei krank und am Erscheinen verhindert. Ein sozialdemokratischer Redner bemängelte das Nichterscheinen der Minister. Ein Redner des Bauernbundes und des Zentrums sprachen sich trotz Abwesenheit der Minister für den Eintritt in die Beratung des Kultetats, Kap. 29 ff. aus. Berichterstatter zu Kap. 29 ist der Abg. Körner (BB.). Ein sozialdemokratischer Redner behandelt die nationalsozialistische Agitation in den Schulen. Die amtlichen und dienstlichen Auswirkungen des Einflusses der Lehrer dürfen nicht zu einer Gefahrenquelle für die heranwachsende Jugend und den Staat selbst werden. Ministerialdirektor Dr. Meyding erklärt, daß das Kultministerium streng darauf achte, daß die Lehrerschaft sich die erforderliche Reserve auferlege. Er legte einige Untersuchungsergebnisse in Einzelfällen vor. Die Ministerialabteilung habe einen besonderen Erlaß herausgegeben, durch den Uebergriffe einzelner Lehrkräfte scharf zurückgewiesen werden. Ein Zentrumsredner begrüßte die Haltung des Kultministeriums gegenüber den Vorschlägen des Sparkommissars. Die Volksschulen dürften beim Abbau nicht anders behandelt werden als die höheren Schulen. Lehrer sollten auch mehr in staatliche Dienstwohnungen einziehen können. Der Besuch des gemeindlichen Sonntags-Gottesdienstes gehöre auch zum außerdienstlichen Verhalten des Lehrers. Ministerialdirektor Meyding erklärt, daß die Beteiligung der Kultverwaltung an der Vergebung staatlicher Dienstwohnungen anteilmäßig erfolge. Nach der Reichsverfassung könnten die Lehrer nicht zum Besuch des Sonntags-Gottesdienstes veranlaßt werden. Min.-Dir. Meyding betont noch, daß das Verbot des Ministeriums sich auch auf den Nationalsozialistischen Schülerbund erstreckt. Die Einwirkungen auf das außerdienstliche Verhalten der Lehrer sei begrenzt. Das müsse jeder Lehrer mit seinem Gewissen abmachen. Bezüglich des Abbaus von Schulen sei eine Kommission eingesetzt, die dem Ministerium Vorschläge zu machen habe. Ein demokratischer Redner erklärt, was der Führer der nationalsozialistischen Schülerverbände sich gegen die Kultverwaltung geleistet habe, sei eine Unverschämtheit. Die Kultverwaltung hat hiegegen scharfdisziplinär vorgehen müssen. Ein Redner des Bauernbundes empfiehlt den Rednern Zurückhaltung im eigenen Interesse. Politik soll von Männern und nicht von Buben gemacht werden. Ein deutschnationaler Redner ist der Auffassung, daß man den Schülern nicht verbieten könne, sich mit Politik zu beschäftigen. Der Geschichtsunterricht werde immer einseitig sein. Die Schulen müßten nationale Erziehungsarbeit leisten. Ein Redner des Christlichen Volksdienstes weist darauf hin, daß in manchen Schulen auch die religiösen Gefühle der Schüler verletzt würden. Der Kultminister sollte mehr persönliche Fühlung mit der Lehrerschaft nehmen. Ministerialdirektor Meyding erklärte, der Anregung betr. Abhaltung von staatsbürgerlichen Bildungskursen näher treten zu wollen. Ein Zentrumsredner verlangt die weitere Bezahlung der Schulpraktikanten. Abg. Körner (BB.) bedauert noch, daß so wenig Lehrer zu einer Verwendung im Organisationsdienst bereit seien. Bei der Abstimmung wird folgender Antrag Heymann (Soz.), Hieber (Dem.), Andre (Ztr.), Kling (Chr. Vd.), Hartmann (D. Vp.) Bauser (BB.) angenommen: Lehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen in Aussicht zu nehmen, deren Aufgabe ist, zu zeigen, mit welchen Mitteln staatsbürgerliche Unterweisung der Schüler durchzuführen ist, ohne der Gefahr parteipolitischer Beeinflussung zu verfallen. Kap. 29 wird angenommen. Zu Kap. 38 (Landw. Hochschule) erklärt Min.-Rat. Dr. Bauer, daß der große Brand in Hohenheim neue Aufgaben stelle. Die Versicherungssumme reiche zum Wiederaufbau nicht aus. Kap. 38 wird angenommen, ebenso Kap. 39.

Aus Stadt und Bezirk.

Bei der in der Zeit vom 13. bis 21. Februar d. J. abgehaltenen Prüfung im Wasserbaufach sind 23 Baumeister für befähigt erklärt worden.

Neuenbürg, 25. März. Der Schwarzwaldverein zog wieder aus. Seine erste Wanderung letzten Sonntag nachmittag galt dem Kleinenztal. Nach den warmen Sonnentagen des Abschied nehmenden Winters begann der Frühling seinen Einzug mit trüber Stimmung, welche auch am Sonntag noch im Tal lag und mit ihr an den Hängen, in den Schluchten reichlich Schnee. Mit zäher Ausdauer hat sich die weiße Decke über den Frühling hinüber erhalten und nochmal frohe Stimmung unter den Teilnehmern gebracht. Auf dem Waldweg von Calmbach bis Klein-Enzhof verleiteten die Schneereste so manchen zu neckischem Treiben. Ein besonderes Ereignis für unsere gut vertretene Kindergruppe wurde es, als ein Rudel Rehe in wildem Galopp über den Weg den steilen Berg hinauf huschte. Noch mehr überraschte aber der Klein-Enzhof, von wo aus ein prächtiger Hirsch, ein Schäflein und ein Jagdhund in treuer Kameradschaft uns entgegenkamen und uns zutraulich bis ans Nebenzimmer des Gasthofs begleiteten. Friedliche Zeiten in der Tierwelt! Nach recht gemütlichem Aufenthalt im Enzhof wanderten wir auf der neuen Talstraße, eine kleine Gruppe über den Meistern, nach Calmbach zu nochmaligem geselligem Aufenthalt, bis das Züglein alle zur Heimfahrt mitnahm. Waldheil und Sonnenschein für die kommenden Wanderungen!

(Wetterbericht.) Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres, trockenes Wetter zu erwarten.

Die Osterreise mit der Sonntagsfahrkarte

Die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten ist auch in diesem Jahre zu Ostern verlängert und ermöglicht kurze Reisen in die weitere Umgebung bis zu einer Dauer von viereinhalb Tagen. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zur Hinfahrt vom Gründonnerstag 2. April, täglich bis zum Ostermontag, 6. April. Auch die Rückfahrt kann seit einiger Zeit an allen diesen Tagen unternommen werden; spätestens muß sie am Dienstag nach Ostern, 7. April, bis 9 Uhr morgens angetreten sein.

Die Märzsonne scheint

Das milde Wetter des einziehenden Lenzes lockt Schnee und Eis von Berghängen und Dächern, Bächen und Flüssen. Schneeglöckchen im Garten läutet den Frühling ein. Auf Waldwiesen und sonnigen Buchenhängen blüht der „Märzenbecher", das große Schneeglöckchen. Im Garten leuchtet der gelbe Krokus. Am warmen südgelegenen Rain schwellt und öffnet das wohlriechende Veilchen seine liebliche Blume. Am Wegrand schaut Gänseblümchen, auch Maßliebchen genannt, zur neuerstarkten Sonne. Auf feuchten Wiesen strahlt der Gilbstern und selbst die vorsichtige Schlüsselblume wagt sich vereinzelt ans Licht. Auch die Großen im Pflanzenreich folgen dem weckenden Lenzhauch. Palmkätzchen blühen und der Haselnußstrauch stäubt. Kinder erzählen von heimkehrenden Vögeln. Doblen ziehen in großen Wanderzügen über Dorf und Stadt. Holzmacher beobachten nordwärts eilende Wildtauben. Spechte treiben in Gruppen zu zehn, zu zwanzig und noch mehr durch die Wälder. Der Landmann erzählt von der ersten Lerche, und der Jäger wartet auf die Schnepfen. Auch die Kleintierwelt erwacht. Bienchen summen, erste Mücken geigen, auch vorwitzige Falter fliegen schon. Buben haben ein „Landkärtchen" gefangen und wißbegierig in die Schule gebracht. Auch der gelbe Zitronenfalter fliegt schon.

Schont die Palmkätzchen

Die Salweide gehört zu unseren beliebtesten Kätzchenträgern. Kaum hat der Winter seinen Abzug und der Frühling seinen Einzug angekündigt, so erscheinen in unseren Wäldern, an Gräben und Ufern die männlichen Kätzchen der Salweide, die nach Abwerfen der Knospenschuppe dicht mit glänzend silberweißen Haaren bedeckt und allgemein in der Volkssprache als Palmkätzchen bekannt sind. Damit besetzte Langzweige dienen als Palmzweige am Palmsonntage. Die aufgeblühten, schon gefärbten Kätzchen locken durch ihre reichliche Nektarabsonderung die Bienen an. Sobald die Bienen ihre ersten Ausflüge machen können, sammeln sie sich zu Hunderten an den Palmzweigen, um den Blütenstaub in die Bienenwohnungen zu tragen. Mit vollen „Höschen" fliegen die Bienen heim und tragen die Pollen in die Waben. Aehnlich verhält es sich mit den Sätzchen des Haselnußstrauches. Die Natur gewährt also durch diese Früherscheinungen den Bienen die erste Brutnahrung und den Menschen einen freudigen, heiteren Anblick nach dem kahlen Winter. Leider verlocken aber die reizenden Kätzchen den Menschen zum Raub und der Zerstörung der Natur. Viele Leute sind der Ansicht, die Palmkätzchen seien in einer Blumenvase schöner als in Gottes freier Natur und unbekümmert um das Aussehen der Sträucher und Bäume werden die Kätzchen rücksichtslos heruntergerissen und in vollen Armen heimgetragen. Es ist oft ein Anblick zum Erbarmen, wenn man vor solch einem mißhandelten Strauch steht. Im Freien erfreuen die Palmkätzchen jedermann; sie sollen also draußen stehen gelassen werden und den Bienen als Weideplatz überlassen werden. Täglich sieht man jetzt wieder abgerissene Palmkätzchen und übel zugerichtete Sträucher.

Waldbrände

Die Zeit der Waldbrände ist wieder gekommen. Nicht umsonst besteht die Verordnung, daß die Lehrer im Monat März die Aufgabe haben, die Kinder in der Schule zu warnen vor dem Zündeln an Hecken und Wäldern. Die Gefahr, daß

Die kleine Frau Storkow

Roman von Adam Scholl

14

Frau Schollte dachte so manchmal an die kleine Frau Storkow und freute sich immer wieder, wenn sie nach Geschäftsschluß einmal zu einem Plauderstündchen kam.

Sie merkte langsam, wie das kleine Frauchen, selbstsicherer und frohgesinnter wurde, und das tat ihr wohl. In mütterlicher Weise stand sie ihr bei mit Rat und Tat.

Heute war Maria wieder bei ihr gewesen.

Sie war nicht lange fort, da dachte sie so daran, daß doch die vielen Zimmer in der kleinen Werkvilla noch unbewohnt waren. Konnte denn Maria nicht eins oder zwei davon haben?

Und am Abend, da der Generaldirektor zufällig an ihr vorbei kam, als sie nach dem kleinen Pförtnerhause strebte, da faßte sie sich ein Herz und sagte: „Herr Generaldirektor . . . ick hätte man eene kleene Bitte!"

Etwas eilig, aber nicht unfreundlich fragte Hans: „Und die wäre!"

„Könnten Sie man nich' Frau Storkow een oder zwee Zimmer in die Werkvilla einräumen."

Hans Jordan blieb stehen. Er hatte es plötzlich nicht mehr so eilig.

„Hm! Wie kommen Sie darauf, Frau Schollte!"

„Jottenee . . . mir tut bloß so leid, daß det arme Frauchen so ville alleine is! Die Peterkorn, wo sie in Panke wohnt, die is' ja eene janz nette Frau, aber die is doch woch immer nicht da. Un' sehr jemütlich soll die Wohnung auch nicht sind. Und einjebrochen haben sie bei Storkows auch scho mal. De janzen Papiere wollten sie klauen."

„Eingebrochen? Davon weiß ich doch gar nichts."

„Jawoll, damals wo die kleene Frau Storkow krank niederlag. Die Peterkorn is dazu jekomm'. Un' nu läßt doch Frau Storkow die Papiere und det Testament von ihrem Seligen mit von Direktor Scholzens in den Geldschrank schließen."

Der Generaldirektor überlegte.

„Das ist interessant! Also gut, Frau Schollte, ich werde mit meinem Vater reden — sie wissen, über die kleine Werkvilla hat mein alter Herr zu bestimmen — und morgen werde ich Frau Storkow Bescheid sagen lassen. Ich denke, mein Vater wird nichts dagegen haben."

*

Am nächsten Tage sagte Hans Jordan zu Carla.

„Ich habe mit meinem Vater gesprochen. Er meint, es ist zu einsam für sie in der Werkvilla."

„Ich soll wieder ausziehen!" sagte Carla erbleichend.

„Nein, nein", lachte der Generaldirektor. „Ich will aber noch zwei Zimmer jemand anders überlassen. Wenn es Ihnen recht ist . . . Frau Storkow!"

Carlas Gesicht zeigte ehrliche Freude.

„Wie wird sich die kleine Frau freuen!" sagte sie weich.

„Dann seien Sie so nett, Fräulein Hollmann, und sagen Sie es ihr."

„Und wegen der Miete, Herr Generaldirektor!"

„Frau Storkow soll mietefrei wohnen. Direktor Scholz sagte mir gestern sowieso, daß sie sich glänzend macht und daß er für sie Gehaltserhöhung beantragen wird. Dafür soll Frau Storkow mietefrei wohnen."

*

Maria war überglücklich, als sie in der Mittagspause mit Carla durch die zwei Räume schritt, die ihr eingeräumt worden waren.

Hier war gut wohnen!

Endlich einmal heraus aus den ärmlichen, kalten Verhältnissen bei Mutter Peterkorn, die in letzter Zeit sowieso recht mürrisch geworden war und lieber an einen Herrn vermietet hätte.

Eifrig besprach sie mit Carla alles.

Carla wollte ihr behilflich sein. Sie wollten gemeinsam miteinander in dem Geschäftsauto nach der alten Wohnung fahren und das wenige, was Maria besaß, mitbringen.

*

Gesagt, getan! Mutter Peterkorn war zufrieden. Sie hatte schon lange Interessenten für die zwei Zimmer in einem gutsituierten jungen Ehepaar. Der Monat war voll bezahlt, den behielt sie ganz.

Also zog Maria noch am gleichen Tage ein.

Das Ehepaar Schollte war überglücklich.

Papa Schollte stellte nur ärgerlich fest, daß aller Wein im Keller alle war.

Aber er wußte sich Rat.

Er ging hinüber zur Villa des Geheimrats, die nicht weit von den Werken entfernt lag und ging den alten Diener an.

„Josef", sagte er. „Sei doch so nett und lasse mir mal Stücker zwee oder drei Pülleken ab."

„Zu was brauchst Du heute noch Wein!"

„Janz einfach, Josef. Da ist doch die junge Frau Storkow in die kleene Werksvilla injezogen. Sie wohnt nu zusammen mit dem Chef seine Privatsekretärin, dem Fräulein Hollmann. Det sin nu zwee so nette Weibsen. Weeste, un' da jehört sichs doch von mir, det ick eenen Begrüßungsschluck zum Besten jebe!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dadurch Waldbrände entstehen, ist sehr groß. Das Abbrennen von dürrem Gras ist überall an der Tagesordnung. Namentlich an Sonntagen wird dieser Unfug ausgeführt. Kommt man dann in die Nähe, so springen die „Feuerlesmacher" davon und überlassen das Feuer seinem Schicksal. Ist nun gerade zufällig ein Wald in der Nähe, so ist das Unglück geschehen. Oft sind natürlicherweise auch leichtsinnige Zigarettenraucher an dem Entstehen des Feuers schuld. Es ist notwendig, daß die Feld- und Waldpolizei jetzt auf ihrer Hut ist. Aber auch die Eltern dürfen es an Warnungen nicht fehlen lassen. Diese sind meist wirksamer als alle anderen. Aber noch aus einem andern Grunde soll vor dem Abbrennen von Hecken und Strauchwerk gewarnt werden. Dadurch wird unseren kleinen Singvögeln die Nistgelegenheit zerstört. Sie werden zum Wegzug gezwungen zum größten Nachteil für die Obstbaumzucht. Nicht zerstören sollte man Strauchwerk und Hecken, sondern pflanzen sollte man solches an all den Plätzen, wo kein Ertrag zu erwarten ist. Mag die Pflege der Obstbäume noch so gut sein, ohne Hilfe der Vögel bleibt sie ein Stückwerk. Man hat jetzt in den meisten Oberämtern Bezirksbaumwarte, durch die die Obstbaumzucht mächtig gefördert wird. Es ist gut, wenn sich diese Baumwarte auch um den Vogelschutz kräftig annehmen.

Württemberg.

Altensteig, 25. März. (Autolinie Altensteig—Besenfeld.) Die Privatkraftpostlinie Altensteig—Besenfeld wurde von der Deutschen Reichspost ab 24. März übernommen.

Igelsberg, OA. Freudenstadt, 25. März. (Ein Wildschwein.) Im Siutzloch wurde ein verendetes Wildschwein gefunden. Schußwunden waren nicht festzustellen. Das Tier ist entweder einer Krankheit, oder, was wahrscheinlicher ist, dem Winter und dem Hunger zum Opfer gefallen.

Enzweihingen, OA. Vaihingen, 25. März. (Ins Auto gesprungen.) Als am letzten Samstag mittag die 10 Jahre alte Elsa Br. vom Besuch ihrer Mutter vom Krankenhaus zurückkehrte, benützte sie beim Uebergang über die Brücke den schmalen Fußpfad zwischen Gleis und Brüstung. Plötzlich sah sie die Rangiermaschine daherfahren. Das Mädchen lief aber in ein Auto hinein, dessen Kotflügel sie aufs Bahngleis warf. Ein junger Mann sprang hinzu und zog das Mädchen von den Schienen. Die Entfernung von der Maschine war nur noch eine kurze. Der Besitzer des Autos, ein Heidelberger Arzt, nahm das Kind ins Bezirkskrankenhaus, richtete ihm sofort den über dem Knie gebrochenen Fuß ein und versprach für die Unkosten aufzukommen.

Stuttgart, 25. März. (Zum Fall Dr. Jakobowitz-Kienle.) Das Kampfkomitee gegen § 218 teilt mit: Im Auftrag des Kampfkomitees gegen § 218 suchte gestern eine Delegation von acht Vertretern der verschiedenen Organisationen den Oberstaatsanwalt auf, um die Freilassung von Frau Dr. Jakobowitz-Kienle zu verlangen. Nach langen Bemühungen wurde der Vorsitzende des Kampfkomitees, Dr. Beruinger, beim Oberstaatsanwalt vorgelassen. Der Oberstaatsanwalt legte dar, daß er nicht zuständig sei. Wie das Kampfkomitee erfährt, hat sich durch den Hungerstreik der Gesundheitszustand der Frau Dr. Jakobowitz-Kienle stark verschlechtert. Ein Versuch des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schneck, eine Aussprache mit Frau Dr. Jakobowitz-Kienle durchzuführen, wurde abgelehnt.

Stuttgart, 25. März. (Veranstaltung „Volkskongreß" am 28. und 29. März ds. Js. in Stuttgart.) Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Die Kommunistische Partei, Bezirk Württemberg, hatte für den 28. und 29. März ds. Js. die Veranstaltung eines sogenannten „Volkskongresses" in Stuttgart geplant. Da der in Aussicht genommene Verlauf dieser Veranstaltung mit der vom Polizeipräsidium Stuttgart bis 8. April ds. Js. einschließlich erlassenen Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel praktisch unvereinbar war, und seitens der Partei ein Verlegen der Veranstaltung auf die Zeit nach dem 8. April ds. Js. abgelehnt wurde, ist diese Veranstaltung für den Bezirk des Polizeipräsidiums Stuttgart verboten worden. — Das Kampfkomitee beschloß nun, den Kongreß jetzt am 11. und 12. April in der Stadthalle Stuttgart stattfinden zu lassen.

Münsingen, 25. März. (Von einem Blindgänger zerrissen.) Der beim Truppenübungsplatz beschäftigte 37 Jahre alte verheiratete Arbeiter Karl Braun aus Ennabeuren wurde gestern nachmittag auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstätte durch die Explosion eines Minenblindgängers buchstäblich zerrissen. Nach Arbeitsschluß fanden heimkehrende Arbeitskameraden die beinahe unkenntliche Leiche vor. Der Hergang des Unglücks konnte mangels Zeugen noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Geislingen a. St., 25. März. (So kann man's auch ansehen.) Stieg ein Mädchen in den Zug ein. Wollte steigaufwärts fahren. Stieg verkehrt ein, kam nach Altenstadt. Beschwerte sich: „Ihr habt ja die Lokomotiv hinten angehängt!"

Ulm, 25. März. (Zeichen der Zeit.) Die Not der Arbeitslosen und der übrigen Familien macht sich nun auch in dem Mangel an Kleidungsstücken, Schuhen und Wäsche bemerkbar. Die Bezirksnothilfe hat deshalb eine große Sammlung von Geld von Haus zu Haus durchgeführt. Als Ergänzung dazu wurde noch eine Sammlung von Kleidungsstücken und Wäsche beschlossen. Dazu wurde die Reichswehr mit Fuhrwerken herangezogen. Fuhrwerke durchziehen alle Straßen der Stadt. Ein Trompeter geht voraus und gibt das Zeichen zur Sammlung und aus allen Häusern kommen die Bewohner heraus und bringen ihr säuberlich zusammengeschnürtes Päckchen mit gebrauchter Wäsche und getragenen Kleidungsstücken etc. Wer kein Paket gerichtet hat, kann in der mitgeführten Sammelbüchsen, die von Mitgliedern der Sanitätskolonne getragen werden, sein Scherflein beisteuern. Es ist zu hoffen, daß diese Sammlung, die in ihrer Art viele Neugierige anlockt, einen guten Erfolg haben wird.

Das Reichssparkommissariat hält grundsätzlich an seinem Plan fest!

Stuttgart, 25. März. Von Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt, Leiter der Abteilung für Landes- und Kommunalprüfungen im Büro des Reichssparkommissars, wird dem St. K. T. u. a. geschrieben: Die Stellungnahme des württembergischen Staatsministeriums zu dem Gutachten des Reichssparkommissars über die Landesverwaltung Württembergs ist umso bedeutsamer, als die Oberämter, deren Aufhebung der Reichssparkommissar vorgeschlagen hat, und die von der Aufhebung betroffenen Oberamtsstädte den in ihren eigenen Kreisen aufgetauchten Gedanken nicht ausgeführt haben, in einer Gegendenkschrift die vom Reichssparkommissar vorgebrachten Gründe zu erörtern und das Uebergewicht der gegen die Aufhebung sprechenden Gründe deutlich werden zu lassen. Es ist unmöglich, daß jemals ein solches Ländergutachten im vollen Umfang und in allen Einzelheiten von den zuständigen Stellen gutgeheißen und verwirklicht werden kann. Der Reichssparkommissar läßt sich die Note gefallen, die ihm von den Sachkennern zuteil wird, und begrüßt es, wenn seine Gutachten eine angeregte und ersprießliche Diskussion zur Folge haben und Regierung und Landtag zu einer eingehenden und ernsthaften Würdigung veranlassen. Der Gedanke des Ringoberamts um Stuttgart ist für die ganze künftige Bezirkseinteilung entscheidend. Mit ihm würde ein Kernstück des Gutachtens, der Lastenausgleich zugunsten der leistungsschwachen Gemeinden, aufgegeben oder zum mindesten stark abgeschwächt werden.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer Reutlingen

Am letzten Dienstag, den 24. d. M., fand auf dem Rathaus in Balingen eine Vorstandssitzung der Handwerkskammer Reutlingen statt. Ein besonderer Bericht hierüber wird noch veröffentlicht. Für heute sei schon das eine vorausgenommen, daß über den Verlauf der Reichshandwerkswoche und ihre Auswirkungen für das Handwerk eine Aussprache stattgefunden hat. Für weitere Kreise der Oeffentlichkeit wird es interessant sein, festzustellen, ob die vielen Bemühungen des Handwerks und seiner Organisationen, alle Bevölkerungskreise auf das Handwerk aufmerksam zu machen und ihm Arbeit und Aufträge zu verschaffen, einen entsprechenden Erfolg gebracht haben und bringen. Diesbezügliche Erhebungen hat die Kammer in die Wege geleitet.

Bei dieser Gelegenheit hat der Geschäftsführer der Kammer namentlich auch darauf hingewiesen, daß sich die Tagespresse im ganzen Kammerbezirk in der bereitwilligsten und entgegenkommendsten Weise in den Dienst der Reichshandwerkswoche gestellt hat, wofür auch seitens der Handwerkskammer der Tagespresse herzlicher Dank gesagt wird. Mögen die vielerlei Beziehungen zwischen Handwerk und Tagespresse, die durch die Veranstaltungen der Reichshandwerkswoche in allen Bezirken noch enger gestaltet wurden, im Interesse beider Teile weiter gepflegt werden.

Baden.

Pforzheim, 25. März. (Hilfe für die Aermsten.) Seit Bestehen der Notgemeinschaft, also innerhalb zwei Monaten, wurden Geld- und Sachspenden im Gesamtwerte von rund 37 000 RM. aufgebracht.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Karlsruhe, 23. März. (Viehmarkt.) Zufuhr 24 Ochsen, 45 Bullen, 56 Kühe, 150 Färsen, 77 Kälber, 1325 Schweine. Preise für den Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 37—49, Bullen 37—44, Kühe 9—27, Färsen 38—52, Kälber 48—70, Schweine 44—53, Sauen 36—40 Mark. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand, bei Kälbern langsam, geräumt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. März. Das polnische Außenministerium beabsichtigt, so wird der „D. A. Z." aus Warschau gemeldet, zum 1. April die Neubesetzung einer Anzahl Konsulaten. In Deutschland ist damit vor allem an die Konsulate in Lyck, Marienwerder und Schneidemühl gedacht. Diese Konsulate sollen künftighin mit Offizieren des aktiven Heeresdienstes besetzt werden. Das wäre, wenn es sich bewahrheitet, eine höchst eigenartige Besetzung.

Spandau, 25. März. In Spandau hat die Kriminalpolizei sechs Männer festgenommen, die seit längerer Zeit im Grunewald wilderten und in den Handel brachten. Sie stahlen aber auch Hunde, schlachteten sie ab und verkauften das Fleisch für Kaninchen- oder Hasenfleisch. Zwei von ihnen haben im September vorigen Jahres die Leiche eines Charlottenburger Ingenieurs gefleddert, der sich im Grunewald erschossen hatte. Bei dem Versuch, die damals geraubte Pistole zu verkaufen, fielen sie der Kriminalpolizei auf, die sie dann als Wilderer feststellte.

Kassel, 24. März. Vor dem Schwurgericht Kassel hatten sich heute der 39 Jahre alte Kaufmann Gotthold Schmidt und sein 21 jähriger Stiefsohn August zu verantworten, die den Angestellten Golitz der Mühlhäuser Firma Rudolph Nachf. am 13. Dezember v. J., als dieser mit einem Auto Geschäftseinnahmen der Zweigstelle Eschwege der Firma nach Mühlhausen i. Thür. bringen wollte, unterwegs anhielten und ihn baten, sie mitzunehmen. Beim Kalbörneberg versetzte dann Gotthold Schmidt dem Golitz mit einem Totschläger acht schwere Schläge auf den Kopf. Die Täter flüchteten darauf mit einem Raub von 3200 RM., konnten jedoch nach einigen Tagen verhaftet werden. Das Urteil gegen Gotthold Schmidt lautete entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen August Schmidt auf fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Das Gericht nahm versuchten Mord in Tateinheit mit schwerem Raub als erwiesen an.

Der Fall Jacobowitz-Kienle im Reichstag

Berlin, 25. März. Im Reichstag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Staatspartei mit Ausnahme des Abg. Dr. Külz gegen alle übrigen Parteien eine Entschließung Frau Dr. Schreiber-Krieger (Soz.) angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, auf das württ. Justizministerium einzuwirken, daß der zuständige Staatsanwalt schleunigst den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Dr. Kienle stellt.

Die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des § 218 wurden dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Todesurteile im Saffran-Prozeß

Bartenstein, 25. März. Im Mordprozeß Saffran verkündete das Gericht heute in später Abendstunde folgendes Urteil: Gegen Saffran und Kipnick wird auf Todesstrafe und je 12 Jahre Zuchthaus erkannt. Ella Augenstein wird zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon 6 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Die übrigen Angeklagten Reck, Schidlowski und Katz werden freigesprochen.

Die Strafanträge.

Nach zweistündigem Plädoyer beantragte der Oberstaatsanwalt gegen Saffran und Kipnick die Todesstrafe wegen Mordes, versuchten Mordes und Brandstiftung, wegen der anderen Vergehen außerdem gegen Saffran noch 12 Jahre Zuchthaus und gegen Kipnick ebenfalls 12 Jahre Zuchthaus. Weiter beantragte er gegen die Angeklagte Augustin wegen Urkundenfälschung, Betruges, Unterschlagung, Beihilfe zum Mord und Beihilfe zum versuchten Morde 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen den Bruder der Augustin 3 Monate Gefängnis wegen Begünstigung und gegen die beiden Hilfsbeamten ebenfalls 3 Monate Gefängnis mit Strafaussetzung. Den Chauffeur Reck beantragte er mangels Beweises freizusprechen. Den beiden Hauptangeklagten Saffran und Kipnick sollen die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt werden.

Eine Kundgebung für politische Amnestie

Madrid, 25. März. Die Studenten der Medizin versuchten am Mittwoch um die Mittagszeit einen Demonstrationszug zu organisieren, um ihre Forderung nach einer allgemeinen politischen Amnestie nachdrücklichst zu vertreten. Sie wurden von der Polizei daran verhindert und zogen sich in das Fakultätsgebäude zurück, von wo sie die Polizei mit Steinen und Gasbomben bewarfen.

Die Polizei eröffnete darauf das Feuer. Schließlich machten die Studenten einen großen Ausfall, indem sie unter Vorantragen einer roten Fahne die Polizei mit Revolvern beschossen. Darauf griff die Bürgergarde ein und trieb die Studenten durch Gewehrfeuer zurück. Die Straßen zum gesamten Medizinviertel wurden abgesperrt.

Das Feuergefecht hält noch an, nachdem bereits Tausende von Schüssen gewechselt worden sind. Ein Polizist und ein Student wurden getötet. Die Zahl der Verletzten ist beträchtlich, steht jedoch noch nicht fest.

Straßenkämpfe in Lima

Newyork, 25. März. Wie aus Lima (Peru) gemeldet wird, ist es dort erneut zu blutigen revolutionären Unruhen gekommen. Das 5. Infanterieregiment meuterte, nahm die Offiziere gefangen und versuchte, den Präsidentenpalast zu stürmen. Regierungstreue Truppen griffen jedoch noch rechtzeitig ein und trieben die Aufständischen durch Maschinengewehrfeuer in ihre Baracken zurück. Dabei wurden 200 Personen, zumeist Soldaten, getötet und viele verwundet. Die Aufständischen werden von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden. Aus Lima wird amtlich mitgeteilt, daß die Ordnung vollkommen wiederhergestellt worden ist. Ueber die Stadt ist das Kriegsrecht verhängt worden. Vielfach wird vermutet, daß die Ursache der neuen Revolte in kommunistischer Propaganda zu suchen sei. Die Straßenkämpfe dauerten mehrere Stunden. Schließlich hißten die Aufständischen eine weiße Flagge und ergaben sich bedingungslos.

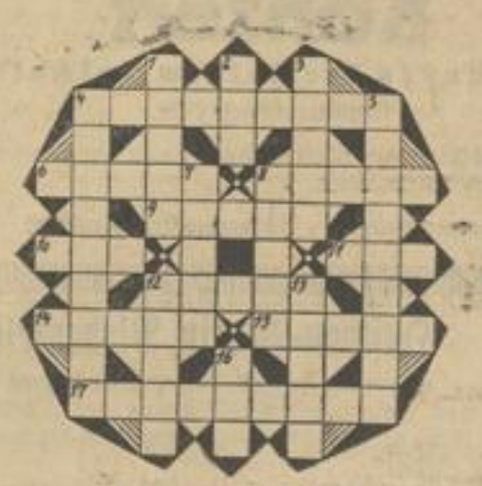
Neue Erregung in Indien

Karachi, 24. März. Die Erregung der indischen Nationalisten über die am heutigen Dienstag erfolgte Hinrichtung dreier Inder wegen Ermordung eines englischen Kapitäns in Lahore hat sich in zahlreichen fremdenfeindlichen Kundgebungen Luft gemacht und zu schweren Ausschreitungen geführt. Mehrere Amerikaner und Engländer, die in einem Ausflugsauto zu dem Feldlager, in dem der Indische Kongreß tagt, hinausgefahren waren, wurden schwer und demütigend belästigt. Ein europäischer Kaplan, der dem Hospital in Karachi einen Besuch abstattete, wurde mit Steinen beworfen, und andere Fremde wurden tätlich bedroht. Eine große Menge Nationalisten begab sich zur Station von Karachi, um Gandhi, dessen Ankunft man erwartete, zu empfangen. Die Menge verstopfte alle Zugänge zum Bahnhof, und ihre Führer brachen wiederholt in den begeistert aufgenommenen Ruf aus: „Es lebe die Revolution!" Zahlreiche Wagenfenster wurden von den Indern zertrümmert. Auf mehreren Stationen der Strecke Delhi—Karachi ereigneten sich ähnliche Szenen. Ueberall hatten sich zur Begrüßung Gandhis Trupps von Nationalisten an den Stationen versammelt. Als bekannt wurde, daß Gandhi sich nicht, wie erwartet, im Zuge befand, gaben die Hindus ihrer Enttäuschung durch Johlen und die Zerstörung von Fenstern und Bahnhofsinventar Ausdruck.

Gerichtssaal.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich der J. B., Juwelenmonteur in Neuenbürg, vor dem Einzelrichter zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 24. Juli 1930 saßen G. K. und R. K., beide von Engelsbrand, in einer Neuenbürger Wirtschaft. Der Angeklagte B., der in etwas angetrunkenem Zustand an einem Nebentisch saß, pflegte mit den beiden, zunächst ganz gutmütig, eine Unterhaltung, bis diese dann in Meinungsverschiedenheiten ausartete. Es fielen gegenseitige Beleidigungen. Zum Schluß sagte der Angeklagte, er gehe gleich mit ihnen in den Buchwald, dann könnten sie einen alten Krieger kennen lernen, man mache dann einen Ringkampf. K. erwiderte, das könne man ruhig machen, aber das Faustrecht müsse dann vorher ausgemacht werden. G. und K. verließen die Wirtschaft um heimzugehen. Der Angeklagte verließ die Wirtschaft auch, aber durch eine andere Türe und traf nach etwa 100 Meter mit den beiden wieder zusammen, begleitete diese unaufgefordert bis kurz vor den Buchwald, obwohl ihm von K. unterwegs bedeutet wurde, er soll zurückbleiben. Als aus dem Wald heraus der Säger K. von Neuenbürg kam, griff der Angeklagte in seine innere Rocktasche, zog ein Stilettmesser heraus und steckte es in die hintere Hosentasche. G. und K. erkannten die Waffe zunächst nicht, dachten aber gleich an eine solche. Nun warf der Angeklagte seinen Stock weg, hielt den beiden das blanke Messer in sprung- und hiebbereiter Seite hin und sagte, was wollt ihr von mir. K. wollte den weggeworfenen Stock an sich nehmen, während K. dem Angeklagten das bedrohliche Messer abnehmen wollte. Dieser hieb aber auf K. ein und versetzte ihm einen Stich etwa in die Brustmitte. Der Verletzte stellte dem Angeklagten ein Bein, warf diesen in den Straßengraben und versuchte ihm das Stilettmesser zu entreißen, worauf dieser mit dem Messer um sich schlug und K. drei weitere Stiche versetzte, wovon zwei in den Oberschenkel und einer in das Gesäß gingen. Auf die Rufe des K., er sei gestochen, kam R. herbei und schlug auf den Angeklagten mit dessen eigenem Stock ein, bis er abbrach. Auch K. versuchte durch Würgen und Schlagen den Angeklagten unschädlich zu machen, was ihm auch gelang. Als sie den Angeklagten losließen, entfernte sich dieser weinend. Wegen der Stichverletzungen mußte sich K. in ärztliche Behandlung begeben und war 8 Tage arbeitsunfähig. In der Hauptverhandlung erklärte der Angeklagte, daß er dadurch eine große Dummheit begangen habe, daß er den beiden

Rätsel-Ecke



Kreuzwort-Rätsel.

Waagerecht: 1. europäischer Staat, 6. Frauenname, 8. Himmelskörper, 9. landwirtschaftliche Verrichtung, 10. Fisch, 11. Zeitbegriff, 12. Lehrbuch, 14. Büffel, 15. Fisch, 17. Stadt im Regierungsbezirk Potsdam. Senkrecht: 1. landwirtschaftliches Gerät, 2. altgermanisches Getränk, 3. Verwandte, 4. europäisches Küstenland, 5. europäisches Gebirge, 7. Männername, 8. Teil der Pflanze, 12. freier Platz im alten Rom, 13. Beleuchtungskörper, 16. Pferdefuß.

Lösungen aus der Rätselecke der Samstag-Ausgabe.

Kreuzwort-Rätsel. Waagerecht: 1. Bern, 3. Sold, 5. Erserum, 8. Togo, 9. wein, 10. Ade, 12. Rad, 13. Rot, 14. Tag, 16. Wald, 18. Anna, 20. Fayence, 21. Edam, 22. Elbe. Senkrecht: 1. Bart, 2. Nero, 3. Saum, 4. Dorn, 5. Eginolf, 6. Eid, 7. Mentone, 10. Abt, 11. eng, 15. Ale, 16. Wade, 17. Darm, 18. Ache, 19. Amme.

Silbenrätsel. Lorbeer ist ein bittres Blatt, dem, der's sucht, und dem, der's hat.

1. Leder, 2. Oberst, 3. Remagen, 4. Baden, 5. Esel, 6. Ebro, 7. Rasen, 8. Insel, 9. Stube, 10. Tochter, 11. Ephesus, 12. Interlaken, 13. Nautik, 14. Bingen, 15. Indien, 16. Tadel, 17. Tiegel, 18. Rampe, 19. Erde, 20. sieben, 21. Borneo, 22. Lasso, 23. Achat, 24. Tiara, 25. Totalisator.

Telegramm-Rätsel. 1. Beethoven, 2. Elisabeth, 3. Erlkönig, 4. Tetramund, 5. Holunder, 6. Oberon, 7. Viersen, 8. Engadin, 9. Normandie.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gefolgt sei; für seine Stiche möchte er Notwehr geltend machen, weil R. den K. aufgefordert habe, ihn zu packen und um nicht durch das Würgen den Erstickungstod erleiden zu müssen. Dieses Schutzvorbringen wurde durch die beeidigten Aussagen des K. und R., insbesondere des unbeteiligten Sägers K. widerlegt. Der Angeklagte vermochte selbst nicht zu behaupten, daß K. schon zugegriffen habe, ehe er gestochen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts befand sich der Angeklagte keinesfalls in Notwehr oder in vermeintlicher Notwehr. Er ist ohne Not mit K. und R. gegangen, hat ohne ersichtlichen Grund das Messer gezogen und sich damit in Angriffsstellung begeben. Er hätte nicht nötig gehabt, das Messer zu benützen, denn einmal wollten die beiden gar nichts von ihm, was er ja aus ihren Bemerkungen, er soll wegbleiben, entnehmen mußte, des andern waren die beiden unbewaffnet. Eben das Bewußtsein, das Messer im Besitz zu haben und es im gegebenen Falle zu gebrauchen, habe dem Angeklagten den Mut gegeben, mitzugehen und die andern herauszufordern. Er habe die für ihn gebotene und mögliche Prüfung der Situation grundlos unterlassen, also in fahrlässiger Nichtkenntnis der Rechtswidrigkeit, wenn nicht auf die bewußte Gefahr der Rechtswidrigkeit hin, gehandelt. Wegen der Gefährlichkeit der Tat und der heimtückischen Handlungsweise des Angeklagten erschien eine Gefängnisstrafe von drei Wochen für angemessen. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung wurde die Strafe auf zwei Wochen Gefängnis ermäßigt, während die darauf eingelegte Revision des Angeklagten verworfen wurde.

Sportecke.

Die Spielsystem-Tagung des Südd. Fußball- und Leicht-Athletik-Verbandes in Stuttgart.

Vergangenen Sonntag tagte in Stuttgart die Spielsystem-Kommission des Südd. Fußball- und Leichtathletik-Verbandes. Nach längerer Beratung wurde ein Vorschlag von Wohlschlegel (Offenburg) angenommen, der im wesentlichen folgendes umfaßt: Sofortige Einführung einer Verbandsliga, die zunächst innerhalb den Bezirken zu je acht Vereinen spielt. Also zweimal vier Gruppen-Bezirksligavereine. Erhöhung der Bezirksliga auf 12 Vereine. Diese setzen sich zusammen aus den vier absteigenden Bezirksligavereinen und den Kreismeistern sowie den Tabellenzweiten der Kreisliga. Im nächsten Jahr fallen aus der Verbandsliga von zweimal 16 Vereinen je sechs heraus, so daß sich dann nunmehr die Verbandsliga aus zweimal zehn Vereinen innerhalb Süddeutschland zusammensetzt. Im dritten Jahr erhöht sich die Verbandsliga auf 12 Vereine; es steigen somit die beiden Bezirksmeister von jedem Bezirk auf. Die Bezirksliga, die in den einzelnen Bezirken nach dieser Regelung auf 10 bis 14 Vereine pro Gruppe in diesem Jahr erhöht wird, wird im nächsten Jahr auf 12 Vereine abgestimmt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in der Zahl von 12 noch zwei im nächsten Jahr hinzukommende Kreismeister enthalten sein müssen.

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen der
Firma **Geschw. Flum** (Karl und Antonie Flum), Buchhandlung in **Wildbad,**
ist am 24. März 1931, nachmittags 4¼ Uhr, nach Ablehnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens das

Konkursverfahren

eröffnet worden. Konkursverwalter ist stellv. Bezirksnotar Harr in Wildbad, in dessen Verhinderungsfalle Notariatspraktikant Roth in Wildbad. Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses und über die in § 132 K.O. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen vor dem Amtsgericht Neuenbürg:

Samstag den 2. Mai 1931, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter **bis 25. April 1931** Anzeige zu machen. Konkursforderungen sind bis zum **25. April 1931 beim Amtsgericht** anzumelden.

Gemeinde Birkenfeld.

Waldarbeiterinnen,

die bei den Kulturarbeiten im Wald beschäftigt werden wollen, werden gebeten, sich bei Förster Ehmann anzumelden.

Birkenfeld, den 25. März 1931.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Gemeinde Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Das **Anführen von Schutt, Erde** und dergl. auf Feldwegen der Gemeinde ohne ausdrückliche vorherige Erlaubnis des Bürgermeisteramts ist **verboten.**

Birkenfeld, den 25. März 1931.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Birkenfeld.

Die **Feuerwehr-Musikkapelle** und die **drei Gesangvereine** (Sängerbund, Arbeitergesangverein und Fußballquartett) veranstalten gemeinsam am **Sonntag den 29. März 1931,** nachmittags 5 Uhr, in der Turnhalle ein

Konzert

zu **Gunsten der Notgemeinschaft.**

Eintrittspreis 1 RM.

Die Einwohnerschaft wird gebeten an dem Konzert zahlreich teilzunehmen.

Pfarrer Kunz. **Bürgermeister Neuhaus.**

Obstbau-Verein Birkenfeld.

Samstag den 28. März Rundgang durch das Baumfeld unter Führung von Obstbaurat Schaal von Stuttgart. Sammlung nachmittags 2 Uhr beim „Adler".

Abends ½7 Uhr **Vortrag** von Obengenanntem über **Obstbau, besonders Beerenzucht,** im **„Adler".**

Der Vorstand.

Ortsgruppe Neuenbürg des Bezirks-Obst- und Gartenbau-Vereins.

Am **Samstag den 28. März,** abds. 8 Uhr, findet unsere

Haupt-Versammlung

im Lokal „Schiff" statt. Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder höfl. ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Ausschuß.

Anschließend Gratisverlosung.

Reparaturen an Brückenwaagen

werden prompt und zuverlässig ausgeführt von

Wilhelm Wackenhut, Calw,
Maschinen-Werkstätte.

Vom Eichamt Calw ist mir Genehmigung zur Ausführung dieser Arbeiten erteilt.

Frühjahrs-Neuheiten!

Mäntel

in modern. Tweedstoffen und englischem Charakter **16.-**
32.-, 24.-,

Mäntel

in einfarb. neuen Wollstoffen, moderne Formen **25.-**
36.-, 29.-,

Mäntel

in Woll-Georgette, Crepe Romain und englischen Stoffen, beste Schneiderarbeit **45.-**
69.-, 52.-,

Kleider

in neuen Tweedstoffen neue kleidsame Formen **5.90**
16.-, 12.-,

Kleider

in kunstseidenen Stoffen, einfarbig und gemustert **16.-**
25.-, 19.-,

Kleider

elegante Modell-Konfektion, mod. Wollstoffe und Seide **40.-**
69.-, 52.-,

Der neue **Frühjahrsmantel** in englisch-artigen Stoffen, gute Verarbeitung, ganz gefüttert **19.50**

Krüger & Wolff

PFORZHEIM.

Das große Spezialhaus für Damenkonfektion

Neuer **Frühjahrsmantel** in neuem einfarbig. Wollstoff, alle Farben, ganz gefüttert **29.00**

Birkenfeld.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am **Sonntag den 28. März 1931** stattfindenden **kirchlichen**

Trauung

sind Verwandte, Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen höfl. eingeladen.

Albert Vester, Birkenfeld. **Hedwig Schwemmle,** Salmbach.

Kirchgang 2 Uhr in Birkenfeld.

Wer ein Lebensmittelgeschäft anfangen will,

wird von einer alten, soliden **Lebensmittel-Großhandlung** mit Waren eingerichtet.

Offerten unter Nr. 470 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.
Zwei guterhaltene

Herren-Fahrräder

billig zu verkaufen

Fr. Kirn, Wirt.

Zinslose Darlehen

auf 22 Jahre fest gegen zirka 1½% p. a. Verw.-Kost. incl. **Versicherungsschutz f. Hauskauf, Neubau und Hypotheken-Ablösung** gibt angesehene Bausparkasse nach kurzer Wartezeit. Auskunft erteilt

General-Vertreter
A. Pfeiffer, Baumaterialien,
Calw.
Vertreter gesucht!

Birkenfeld.
Schöne

3 Zimmer-Wohnung

ist zu vermieten.

Schillerstr. 3.

Schwann.
1½stöckiges

Wohnhaus

in ruhiger Lage direkt am Walde, mit großem Garten, per sofort zu vermieten, evtl. auch später zu verkaufen.

Offerten unter Nr. 356 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Conweiler.
Unterzeichneter hat

zu verkaufen:

150 Ztr. gutes **Heu,** eine **Mähmaschine,** einen **Heuwender,** einige **Fuhrwagen** (bis 120 Ztr. Tragkraft), einen eisernen **Wendepflug.**

Wilhelm Renschler
zur „Sonne".

Forellen-Wasser!

Prima Sportwasser in der Nagold, zusammenhängendes Eigenwasser von zirka 6½ bis 7 Km. Länge, Fangergebnis mit Angel zirka 6—7 Zentner Forellen und etwas Aeschen jährlich; guter Bestand in Barben, Bahnstation Wildberg, ist preiswert zu verkaufen. Evtl. werden 3 bis 4 Teilhaber aufgenommen.

Offerten erbeten unt. Nr. 50 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Mädchen

gesucht von 16 bis 18 Jahren.

Frau Schulrat **Reck.**

Suche für eine Nichte

Stellung

als **Säuglingsschwester.** Diese hat Staatsprüfung und Zeugnis. Für eine zweite Nichte als **Stütze,** hat Einjähriges, gute Nähkenntnisse usw.; beide aus gut. Oberlehrers-Familie. Gehalt nach Uebereinkunft.

Ang. an Frau **R. Rosprich, Stuttgart,** Kronenstr. 13.

Birkenfeld.

Hochzeits-Anzug,

sehr gut erhalten, für mittlere Figur, billig zu verkaufen.

Zu erfragen bei
Höll & Sohn,
Schneidermeister.

Schwann.
Einen Wurf

Milchschweine

hat zu verkaufen

Ernst Wolfinger
zum „Adler".

Bezirks-Consum-Verein Neuenbürg.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern in bekannt Ia Qualität:

G-E-G Leberwurst
1 Pfund-Dose **50** Pfg.

G-E-G Blutwurst
1 Pfund-Dose **55** Pfg.

Ferner in Konserven:

Karotten
geschnitten
per 1 Kg.-Dose von
40 Pfg. an.

Junge
Schnittbohnen
per 1 Kg.-Dose von
50 Pfg. an.

Schönen
Kopf-Salat
per Kopf **25** Pfg.
frisch. Gemüse

Frische Eier
das Stück von **8** Pfg. an.

Der Vorstand.

5% Rückvergütung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw